

Oesterreichische Entwicklungsbank AG
Strauchgasse 1-3
1011 Wien

- **Stellungnahme zum Entwurf der Strategie 2019 – 2023 der**
- **Oesterreichische Entwicklungsbank**

Wien, 27. März 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Vorstellung der Strategie vergangene Woche und die Möglichkeit, eine Rückmeldung geben zu können! Wir finden die Strategie gut aufgebaut und gut verständlich. Wir finden es gut, dass die Strategie über fast fünf Jahre läuft und so eine längere Planung ermöglicht, als es bei einer dreijährigen Strategie der Fall wäre. Wir unterstützen das Ziel, das Engagement in LDCs und afrikanischen Ländern auszubauen, den Fokus auf Klimaschutz sowie die neue Ausrichtung auf Geschlechtergleichstellung und Gender.

Wir sind uns bewusst, dass die OeEB aufgrund ihrer Satzung der Förderung des Privatsektors verpflichtet ist. Grundsätzlich möchten wir jedoch der Aussage, dass die Finanzierung entwicklungspolitischer Ziele nur durch die Mobilisierung privater Mittel möglich ist, gegenüberstellen, dass die Staatengemeinschaft – darunter auch Österreich – durchaus in der Lage wäre und sich auch dazu bekannt hat, höhere öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wir möchten betonen, dass **entwicklungspolitische Effekte an vorderster Stelle** vor der Berücksichtigung außenpolitischer und außenwirtschaftlicher Interessen Österreichs, die unter anderem im *Mission Statement* erwähnt werden, stehen müssen. Wir verstehen die Formulierung des ersten Grundsatzes für die Umsetzung der Projekte auf Seite 3, bei dem positive entwicklungspolitische Effekte als zentrale „raison d`etre“ der Projekte der OeEB beschrieben werden, als Ausdruck einer solchen Priorisierung.

Beim neuen **Themenschwerpunkt Infrastruktur** möchten wir darauf hinweisen, dass es für eine nachhaltige Entwicklung hilfreich wäre, wenn die OeEB im Sinn eines Menschenrechtsansatzes verstärkt darauf achtet, dass die geschaffene Infrastruktur allen Menschen, insbesondere auch jenen mit geringen finanziellen Mitteln, zur Verfügung steht. Es wäre wichtig, im Text darauf einzugehen, wie die OeEB das sicherstellen wird. Denn wenn Infrastruktur

von privaten AkteurInnen zur Verfügung gestellt wird, die dabei Profite machen wollen, kann dieses Ziel in den Hintergrund geraten.

Im Sinne der oben getätigten Ausführungen möchten wir allerdings auf die – der OeEB sicherlich bekannten – Risiken, die mit **Public Private Partnerships** (PPPs) einhergehen können, hinweisen. Die bisherigen international gemachten Erfahrungen mit PPPs sind zwiespältig. Die Probleme, die insbesondere von zivilgesellschaftlichen Organisationen immer wieder thematisiert wurden (siehe etwa ein Manifest zivilgesellschaftlicher Organisationen über PPPs¹), betreffen neben Governance-Problemen (im Sinne einer Zunahme der Intransparenz) insbesondere vergleichsweise höhere Projektkosten, die entweder auf die Staaten oder die EndkonsumentInnen abgewälzt werden. Ein erst kürzlich veröffentlichter Bericht des Europäischen Rechnungshofs² über PPP-Projekte in EU-Ländern bestätigt, dass selbst in Europa solche Projekte „widespread shortcomings and limited benefits“ aufweisen. Eine vorsichtige Herangehensweise an und besonders sorgfältige ex-ante und ex-post Überprüfung von solchen PPP-Projekten erscheint uns daher notwendig.

Im Sinne der Wirksamkeit der Maßnahmen (*development effectiveness*) erscheint uns eine möglichst enge Anbindung an die **Entwicklungsvorgaben bzw. -pläne des jeweiligen Partnerlandes**, in dem ein von der OeEB (direkt oder indirekt) finanziertes Projekt angesiedelt ist, von größter Wichtigkeit. Diese Prämisse sollte sich auch in der Strategie wiederfinden. Eine Entwicklung des OeEB-Portfolios in Richtung mehr direkter Projektfinanzierung hielten wir auch im Sinne einer besseren Überprüfbarkeit einer solchen Wirksamkeit für begrüßenswert.

Beim **Themenschwerpunkt Erneuerbare Energien** begrüßen wir die Exklusion von Nuklear- und Kohleprojekten. Bei der Exklusion von „großen“ Wasserkraftwerksprojekten würde uns die Definition von „kleinen und mittleren Projekten“ interessieren.

Beim **Themenschwerpunkt MKMU/ Finanzielle Inklusion** fänden wir es gut, genauer zu beschreiben, wie Gender-Mainstreaming im Konkreten erreicht werden soll. Da die Strategie immer wieder auch auf MKMUs im informellen Bereich referiert, wäre eine Klarstellung hilfreich, ob die Finanzierungen der OeEB auch diesen Unternehmen zugutekommen sollen und, wenn dies der Fall ist, wie die OeEB dies umsetzen wird.

Im Entwurf wird ein **Joint Venture** mit einem spezifischen österreichischem Unternehmen erwähnt. Es wäre auch im Sinne der Transparenz interessant zu benennen, welches dieses ist.

Bei der Beschreibung des Instruments **Business Advisory Services** wird erwähnt, dass 10% des Jahresüberschusses in dieses Instrument fließen. Es wäre interessant, beispielhaft für die vergangenen Jahre zu nennen, wieviel das ausmachte.

¹ Öffentlich-private Partnerschaften: Manifest für eine globale Kampagne, <https://eurodad.org/files/pdf/5c619c37bda7e.pdf>

² European Court of Auditors, Press release: EU Public Private Partnerships suffer from widespread shortcomings and limited benefits, say Auditors, 20 March 2018, https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR18_09/INSR_PPP_EN.pdf

Zum Thema der **Umwelt- und Sozialstandards** fällt uns auf, dass die Formulierung "streben (...) die Einhaltung internationaler (...) Standards an" und "orientieren uns (...) an" sehr zurückhaltend klingt. Wir regen an, diese Formulierungen zu stärken und zu beschreiben, was konkret getan wird, damit internationale Standards eingehalten werden. Gerade im Bereich Infrastruktur, aber auch Nachhaltige Energie können Landkonflikte mit der Bevölkerung vor Ort auftreten. Es wäre wichtig näher darauf einzugehen, wie die OeEB mit solchen potenziellen Risiken umgehen wird.

Zum Thema **Offshore Financial Centers** begrüßen wir die Aufnahme dieses potentiellen Problembereichs in die Strategie. Insbesondere begrüßen wir die avisierte kontinuierliche Abstimmung mit Stakeholdern zur Frage, wo Investitionsvehikel angesiedelt sein sollten. Der Verweis auf die Beurteilung internationaler Foren wie des *Global Forum* und der „Schwarzliste“ der EU sind dabei leider ungenügend. Gerade die erst kürzlich veröffentlichte EU-Liste und die Reaktion der Regierung des gelisteten Dominica darauf zeigen deutlich, dass die Liste nicht nur unvollständig ist (EU-Länder sind per definitionem ausgeschlossen), sondern so gut wie keine Steuer“paradiese“ enthält.

Die Strategie sollte überdies eingehender darauf eingehen, wie die OeEB sich im Bereich **Steuervermeidung und Steuerhinterziehung** positioniert. Die EFDI-Standards (auf die in der Strategie nicht Bezug genommen wird, aber zu denen sich die OeEB bekennt) erscheinen uns noch als stark verbesserungswürdig. Das DERa Tool enthält zwar auch Steuer“marker“, aber es ist anzunehmen, dass diese sich nur auf die illegale Steuerhinterziehung nicht aber auf die „aggressive“, aber legale, Steuervermeidung beziehen.

Beim **Results Framework** begrüßen wir, dass es klare quantitative Vorgaben auf oberer Ebene gibt, die die Prioritäten sichtbar machen. Zusätzlich wären Resultate auf Projekte- bzw. Instrumentenebene wichtig, die zum Beispiel auch für das Gendermainstreaming oder die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards klare Zielvorgaben machen. Der Verweis auf die EFDI-Standards (die sich im Umwelt- und Sozialbereich vor allem diverse IFI-Standards beziehen) erscheint uns zu allgemein.

Wir würden uns über die Berücksichtigung unserer Anmerkungen freuen!

Mit freundlichen Grüßen,



Mag.^a Annelies Vilim

Geschäftsführerin

AG Globale Verantwortung